

## Beschluss (vorläufig) Mehr Bürger\*innenbeteiligung

Gremium: Mitgliederversammlung

Beschlussdatum: 21.11.2019

### Antragstext

1 Wem gehört die Stadt? Natürlich den Bürger\*innen. Sie müssen viel stärker gehört  
2 werden. Viele Projekte in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Soziales, Kultur und  
3 Inklusion wären ohne das vielfältige Engagement der Nürnberger\*innen nicht  
4 möglich. Wir Grüne sind selbst aus Bürger\*inneninitiativen entstanden und  
5 unterstützen Bürger\*innen, die Verantwortung übernehmen und die  
6 Stadtgesellschaft mitgestalten wollen.

#### 7 Eine Kultur des Gehörtwerdens

8 Die Stadt steht zwar Bürger\*inneninitiativen professionell mit Informations- und  
9 Vernetzungsangeboten zur Seite, stellt Räume oder Finanzmittel. Aber auch  
10 Stadtverwaltung und Stadtrat müssen sich für das Bürger\*innenengagement weiter  
11 öffnen.

12 Die Bürger\*innen sollen darüber mitentscheiden, wofür Geld ausgegeben wird. Von  
13 Fahrradwegen und Bolzplätzen bis zur Gestaltung öffentlicher Plätze oder ganzer  
14 Areale sollen sie sich frühzeitig in die Planung einbringen können und in  
15 richtungsweisenden Fragen das letzte Wort haben: beispielsweise bei großen  
16 Infrastrukturprojekten. Dies führt zu besseren Ergebnissen und mehr Akzeptanz  
17 für solche Projekte.

18 Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Beteiligungsprozesse in Zukunft  
19 ergebnisoffen verlaufen. Auch fordern wir Grüne, zu Beginn einer Wahlperiode ein  
20 Zukunftsprogramm für jeweils fünf Jahre zu entwickeln und daran Bürger\*innen und  
21 Organisationen zu beteiligen. Für jedes Haushaltsjahr werden die jeweiligen  
22 Ziele des Programms durch Stadtrat und Verwaltung konkret heruntergebrochen.

23 Die Einführung eines Jugendparlaments, wie es bereits vielerorts existiert, mit  
24 ausreichender Finanzierung und einer hauptamtlichen Geschäftsführung zur  
25 Verwirklichung eigener Projekte, von denen junge Menschen direkt profitieren,  
26 halten wir für eine gute Möglichkeit, Jugendliche unter 18 Jahren am  
27 demokratischen Diskurs zu beteiligen. Dies soll in Kooperation mit dem  
28 Kreisjugendring und parallel zur Stadt-Schüler\*innen-Vertretung und nicht an  
29 ihrer statt geschehen oder finanziert werden. Die Stadt-SV als Vertreter\*innen-  
30 Gremium der Nürnberger Schüler\*innen soll weiterhin Sachverständige in die  
31 Schulausschusssitzungen entsenden dürfen.

32 Wir möchten in eine öffentliche Diskussion über die Schaffung demokratisch  
33 gewählter Stadtteilgremien einsteigen.

## 34 Offene Informationen für mehr Bürger\*innenbeteiligung

35 Für eine kontinuierliche Bürger\*innenbeteiligung in allen Stadien der Planung  
36 ist es darüber hinaus notwendig, neue Verfahren auszuweiten, die alle Menschen  
37 einbinden und nicht nur die bereits in der Stadtgesellschaft Engagierten:

- 38 • Dazu müssen zuerst die relevanten Informationen und Dokumente zugänglich  
39 gemacht und praxistgerechte Beteiligungsinstrumente geschaffen werden.
- 40 • Datenbestände der Stadt Nürnberg wie zum Beispiel Umwelt-, Verkehrs- und  
41 Haushaltsdaten müssen veröffentlicht und der maschinellen Verarbeitung  
42 zugänglich gemacht werden. Die Daten sollen einer offenen Lizenz  
43 unterliegen.
- 44 • Mit der Einführung eines Bürger\*innenhaushalts soll ein Teil des  
45 kommunalen Haushalts für Investitionsprojekte reserviert werden, über den  
46 die Bürger\*innen in einem offenen Prozess entscheiden können.
- 47 • Wir fordern die Ausweitung niedrigschwelliger Beteiligungsformen während  
48 der Planungs- und Umsetzungsphase von Infrastrukturprojekten. Das können  
49 beispielsweise Planungsworkshops, Diskussionsforen oder Planungszellen  
50 sein, zu denen eine repräsentative Auswahl von Bürger\*innen eingeladen  
51 wird und in denen Bürger\*innengutachten erstellt werden.
- 52 • Bei Entscheidungen von großer Tragweite möchten wir verstärkt auf  
53 Ratsbegehren zurückgreifen. Dabei stellt der Stadtrat strittige Fragen aus  
54 dem eigenen Entscheidungsbereich zur Abstimmung durch die Bürger\*innen.

## 55 Den Stadtrat stärken und zum Ort der Debatte machen

56 Im Gegensatz zu fast allen anderen Bayerischen Städten und Gemeinden, haben die  
57 ehrenamtlichen Stadträt\*innen in der Stadt Nürnberg keine klar umrissenen  
58 Auskunfts- und Antragsrechte. Das ist zutiefst intransparent, undemokratisch und  
59 schwächt die Rolle des Stadtrats gegenüber Stadtspitze und Stadtverwaltung, wenn  
60 es keinen Anspruch darauf gibt, dass gestellte Anträge auch behandelt werden  
61 müssen. Wir werden daher die Geschäftsordnung des Stadtrats der Stadt Nürnberg  
62 dahingehend ändern, dass Stadträt\*innen Anfragen an die Stadtverwaltung stellen  
63 können, die binnen sechs Wochen beantwortet werden müssen, und Anträge binnen  
64 sechs Monaten auf die Tagesordnung der Ausschüsse bzw. des Stadtrats gesetzt  
65 werden müssen. Nur so können die Mitglieder des Stadtrats die Anliegen der  
66 Bürger\*innen auch schlagkräftig gegenüber der Verwaltung vertreten und der  
67 Stadtrat insgesamt seiner Aufgabe gerecht werden.

## 68 Transparente Politik

69 Wir Grünen setzen uns dafür ein, öffentliche Sitzungen des Stadtrats auch live  
70 im Internet zu übertragen und dauerhaft zugänglich zu machen. Das macht  
71 politische Entscheidungen transparenter und führt zu einer geringeren Distanz  
72 zwischen den Bürger\*innen und ihren gewählten Vertreter\*innen. Zudem muss das  
73 Internetangebot der Stadt Nürnberg dringend übersichtlicher und  
74 bürger\*innenfreundlicher gestaltet werden.

75 Schlüsselprojekt Bürger\*innenbeteiligung

76 Entscheidungsprozesse werden durch Bürger\*innenbeteiligung transparenter und  
77 nachvollziehbarer gemacht. Sie bietet allen den Einstieg mitzuwirken. Andere  
78 deutsche Großstädte übertragen bereits heute erfolgreich ihre Stadtratssitzungen  
79 ins Internet.

80 Sollte es darüber hinaus Entscheidungsbedarf geben, wollen wir das Instrument  
81 der öffentlichen Gruppenpetitionen schaffen. Wer 2.500 Unterstützende für eine  
82 Petition nachweisen kann, soll Anhörungsrecht im zuständigen Fachausschuss des  
83 Stadtrats und ein Anrecht auf eine qualifizierte Stellungnahme bekommen.

84 Ergänzend dazu wollen wir die Möglichkeiten elektronischer Kommunikation nutzen:  
85 zum Beispiel mit Online-Foren im Vorfeld von Bürgerversammlungen.